

Einführungsvotum von Herrn Bundesrat Dr. F. Wahlen an der Bot-  
schafterkonferenz vom 25./27. Januar 1962

-----

Bundesrat Wahlen entbietet, auch im Namen von Bundesrat Schaffner, den Missionschefs, die für einige Tage in die Heimat gerufen worden sind, den Willkommgruss des Bundesrates.

Das Programm der vorliegenden Tagesordnung ist in engster Zusammenarbeit zwischen den beiden nächstbeteiligten Departementen, dem Politischen Departement und dem Volkswirtschaftsdepartement, aufgestellt worden. Die beiden Departementschefs legen grössten Wert darauf, bei der Bearbeitung der so komplexen - und schicksalschweren - Fragen eine bis ins letzte gehende Koordination der verschiedenen Abteilungen und Dienstzweige zu erzielen. Eines der wichtigsten Koordinationsmittel ist das zentrale Integrationsbureau unter der Leitung von Minister Jolles, wo von Tag zu Tag die Fäden zusammenlaufen sollen. Dieses Integrationsbureau ist ein wichtiges Instrument für die ständige Wirtschaftsdelegation, für die beiden Departemente und für den Bundesrat.

Die beiden Departementschefs werden einleitend in ganz kurzen Zügen den Zweck dieser Konferenz umreissen und ferner auch die gegenwärtige Lage je vom politischen und vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus darlegen, wobei zu sagen ist, dass hier die Grenzen fliessend sind.

Es geschieht wohl nicht oft, dass die Leiter der Aussenposten ausser zu den traditionellen Herbstzusammenkünften zu einer Konferenz zusammengerufen werden. Es ist aber auch selten, dass eine zentrale Frage unserer Aussenpolitik eine Anzahl von Aussenposten so intensiv interessiert und so direkt angeht wie jene der Integration. Eine solche Zusammenkunft wurde deshalb bereits anlässlich der Konferenz vom letzten September in Aussicht genommen, ohne dass dabei schon ein genaues Datum hatte fixiert werden können. Zunächst war diese Konferenz für einen vor der formellen Bestätigung unserer Verhandlungsbereitschaft liegenden Zeitpunkt vor-

gesehen worden. Die Entwicklung der Dinge zeigt jedoch, dass eine Verschiebung auf den gegenwärtigen Zeitpunkt gerechtfertigt war. Wir haben zwar bis jetzt bloss eine formelle Empfangsbestätigung auf unseren Brief vom 15. Dezember 1961 an den Ministerrat der EWG, aber inoffizielle und offiziöse Gespräche sind trotzdem bereits in Gang gekommen, und auch das Inland interessiert sich vermehrt für diese Fragen. Zudem ist mit Präsident Kennedys Plan einer neuen amerikanischen Aussenhandelspolitik eine neue Komponente hinzugekommen, die unter Umständen wichtig werden kann; je nach Zeitpunkt und Ausmass seiner Verwirklichung könnte dieser Plan auch auf unsere Stellung starke Rückwirkungen haben.

Diese Konferenz hat drei Ziele:

1. Orientierung der Botschafter über die Stellung von Verwaltung und Bundesrat und über den Stand der Vorarbeiten, welche zu einer abgerundeten Integrationspolitik der Schweiz führen werden. Es bestehen im ganzen vierzehn Arbeitsgruppen, und die vorgesehenen Referate sind in gewissem Sinne Zusammenfassungen der erhaltenen Zwischenberichte. Es gilt auch, den Strömungen im Inland vermehrte Beachtung zu schenken. Wichtig ist auch, dass sich die Orientierung auf die Koordination unter den Neutralen erstrecken wird.
2. Grossen Wert legt die Zentrale auf die Informationen seitens unserer Missionschefs über die Stellungnahmen ihrer verschiedenen Gastländer zu den uns hier beschäftigenden Problemen. Wohl werden uns regelmässig Berichte übermittelt, wofür bei dieser Gelegenheit gedankt sei, doch sind wir der Meinung, dass durch eine direkte Aussprache und durch ein Vergleichen der verschiedenen Standpunkte noch mehr profitiert werden kann.
3. Als Ergebnis dieser Konfrontation erwarten wir - soweit dies möglich ist - die Festlegung einer Doktrin, eine Verständigung über Strategie und Taktik und die Abgrenzung der Rollen zwischen Zentralverwaltung und Aussenposten.

Gerade zum letzten Punkt seien einige Bemerkungen gemacht. Die diplomatische Szene - und damit die Rolle der Aussenposten - hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Nicht nur

in der Handelspolitik, sondern auch in der allgemeinen Politik ist die Behandlung grosser Fragen multilateral geworden. Das Gewicht der Verhandlungen hat sich damit auf die Zentrale verlagert. Es ist heute unmöglich, die Botschaften z.B. in zollpolitischen oder institutionellen Fragen beständig so eng auf dem laufenden zu halten, dass sie aktiv eingreifen könnten. Dazu sind die Materien zu kompliziert geworden und wechseln die Ereignisse zu schnell. In dieser Sicht sind nicht nur Anfragen seitens der Regierung des Gastlandes, sondern auch Sondierungen bei dieser mit der nötigen Reserve zu behandeln. Es besteht die Gefahr, dass Antworten gegeben und Vorschläge gemacht werden, die wir nicht befolgen können. Wenn also in dieser Beziehung die Rolle unserer Aussenposten eingeschränkt worden ist, wurde sie auf andern Gebieten nur umso wichtiger.

Es gilt vor allem, Verständnis für unsere Neutralitätspolitik zu wecken. Wie notwendig dies ist, zeigten in letzter Zeit die Aeusserungen von Politikern wie Spaak und Ball, der Bericht Birkelbach (Bericht der Politischen Kommission der Europäischen Versammlung über die politischen und institutionellen Aspekte eines Beitritts zur EWG oder einer Assoziation mit derselben, vom 10. Januar 1962) und die Stellungnahme des belgischen Industrieverbandes sowie belgischer und niederländischer Parlamentarier wie Deshousses (belg. Sozialist) und Kapteyn. Wenn alle diese Aussagen auch nicht die Haltung der verschiedenen Regierungen wiedergeben, so sind sie doch ernst zu nehmen. Diese Fragen werden Gegenstand unserer besonderen Beratungen von morgen nachmittag und Samstag morgen sein; es soll ihnen deshalb jetzt nicht vorgegriffen werden.

Es scheint mir aber wichtig, dass Sie in die Lage versetzt werden,

1. die bekannten, immer wieder vorgebrachten Argumente gegen die Neutralität, d.h. gegen die Assoziierung der neutralen Staaten zu widerlegen,
2. die virtuellen und potentiellen Werte und Ausstrahlungsmöglichkeiten, praktisch gesagt: den Nutzen der Neutralität auch im heutigen Europa und in der gegenwärtigen Welt ins rechte Licht zu rücken und

3. die Methoden anzuwenden, die sich zu diesem Zwecke als aussichtsreich erweisen können.

Es soll nun noch ein Wort gesagt werden zur derzeitigen Lage sowie auch zur Verhandlungsprozedur, wie sie von uns aus gesehen als wünschbar erscheint.

Die bereinigte Form der Agrarbeschlüsse der EWG wird erst für anfangs Februar erwartet. Sie werden die Voraussetzung für die Weiterführung, bzw. für den Beginn der britischen und dänischen Verhandlungen mit der EWG bilden. Diese Verhandlungen, die etwas verzögert worden sind, werden sehr zäh sein. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen deren Fortschritt und dem Beginn unserer Verhandlungen, die erst stattfinden werden, wenn Grossbritannien den "point of no return" erreicht hat. Anlässlich der EFTA-Orientierung vom 19. Januar hat Lordsiegelbewahrer Heath erklärt, dass London hoffe, die Verhandlungen könnten vor den Sommerferien zu einem Abschluss gebracht werden ("I hope the back of the negotiations will be broken by that time").

Wir legen Wert darauf, dass zwischen der ersten offiziellen Fühlungnahme und dem eigentlichen Beginn der Verhandlungen schon aus psychologischen Gründen nicht zu viel Zeit verstreicht. Es ist auch besonders wichtig, dass wir mit unseren neutralen Partnern zu einem einheitlichen Standpunkt kommen.

Bekanntlich sind die Briefe vom 15. Dezember 1961 der drei Neutralen bis heute lediglich empfangsbestätigt worden. Der Ministerrat hätte ursprünglich am 6. Februar dazu Stellung nehmen sollen. Infolge der durch die Landwirtschaftsverhandlungen der EWG eingetretenen Verzögerung ist nun das Datum auf den Anfang März verschoben worden. Inzwischen wird aber im Kommissionssekretariat gearbeitet; insbesondere Ausarbeitung von Memoranden über verschiedene Fragen tatbestandlicher Art und über das Verhandlungsverfahren. Wir können natürlich heute noch nicht wissen, welches Verfahren die EWG vorziehen wird.

In unserer Sicht würden wir das Verfahren Grossbritanniens und Dänemarks, die umfassende Darlegung unseres Standpunktes vor dem Ministerrat, demjenigen Griechenlands vorziehen, dessen Verhandlungen

mit mehr oder weniger informellen Beamtenbesprechungen begannen, weil letzteres Vorgehen von der Gegenseite zur Unterstreichung der negativen Punkte benützt werden könnte.

In diesem Stadium bildet die Zusammenarbeit der drei Neutralen eine heikle Frage. Die Voraussetzungen einer gemeinsamen Grundkonzeption wären:

1. Tatsächliches Vorhandensein einer gemeinsamen Grundkonzeption. Ueber diese Frage ist bereits in fünf Zusammenkünften auf Beamten-ebene diskutiert worden.
2. Stabilität im Festhalten daran. Es sind diesbezüglich einige Reserven angezeigt. In Umkehrung der bekannten Maxime muss heute in Bezug auf die gegenwärtig anzuwendende Methode gelten: Vereint marschieren, getrennt schlagen.

Der Zeitpunkt einer ersten offiziellen Fühlungnahme ist, wie aus diesen Ausführungen hervorgeht, noch offen. Es besteht zur Zeit noch keine Eile. Als Datum kann April, vielleicht Mai genannt werden. Wir wollen zunächst den Gang der britischen Verhandlungen mit der EWG abwarten.

Dieser Botschafter-Konferenz soll keine zu grosse Publizität gegeben werden. Es wird am Schluss nur eine kurze Presseorientierung stattfinden.